



Der
Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Bundesministerium für Arbeit,
Soziales und Konsumentenschutz
Stubenring 1
1010 Wien

Dampfschiffstraße 2
A-1031 Wien
Postfach 240

Tel. + (1) 711 71 - 0
Tel. + (1) 711 94 - 25
office@rechnungshof.gv.at

Wien, 21. März 2014
GZ 300.556/007-2B1/14

**Bundesgesetz, mit dem das Bundespflegegeldgesetz
geändert wird**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für den mit Schreiben vom 3. März 2014,
GZ: BMASK-40101/0004-IV/9/2014, übermittelten, im Betreff genannten Entwurf und
weist im Rahmen des Begutachtungsverfahrens zu den vorgeschlagenen Maßnahmen
aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle auf Folgendes hin:

Der Rechnungshof hat in seinem Positionspapier Reihe 2011/1, „Verwaltungsre-
form 2011“, Pkt. 9.12 darauf hingewiesen, dass etwa durch einen Zugriff auf
elektronisch erfasste oder von anderen Behörden erhobene Daten von Parteien die
Effizienz der Verfahrensführung erhöht, die Verfahrensdauer verkürzt, und eine
Entlastung der Bürger von mehrmaliger Unterlagenvorlage verbunden sein kann.

Vor dem Hintergrund dieser Festhaltungen begrüßt der Rechnungshof die in den
Erläuterungen genannten Ziele der Verringerung des mit der derzeit doppelten
Berechnung verbundenen administrativen Mehraufwandes und der damit erreichbaren
Verkürzung der Verfahrensdauer.

Von dieser Stellungnahme wird jeweils eine Ausfertigung dem Präsidium des
Nationalrates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
Dr. Josef Moser

Ed.R.d.A.: